

22

82

Union in Deutschland

Bonn, den 1. Juli 1982

Auf der Strecke bleiben die Sorgen unserer Bürger

Wie zu erwarten war, hat sich die SPD/FDP-Koalition mit kaum zu überbietendem Getöse und bloßer Flickschusterei über eine weitere Runde ihrer Dauerkrise hinweggeschleppt, stellt Helmut Kohl fest. Auf der Strecke geblieben ist erneut die von der FDP seit einem Jahr angekündigte Wende der deutschen Politik.

Auf der Strecke geblieben sind aber vor allem einmal mehr die Sorgen und Nöte unserer Bürger. Auf sie alle, vor allem aber auf die Familien und Rentner, kommen neue Belastungen zu, ohne daß sie damit rechnen können, daß ein entscheidender Schritt zur strukturellen Sanierung der Staatsfinanzen, zur Ankerbelung der Wirtschaft und zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit getan worden ist.

Die FDP hatte nicht den Mut, ihren Kurs von Hessen jetzt auch in Bonn fortzusetzen. In Hessen hatte die FDP ihre Entscheidung für die CDU damit begründet, daß eine Wiederbelebung der Wirtschaft, der Abbau der Staatsschulden und die Schaffung neuer Arbeitsplätze mit der SPD aus ideologischen Gründen nicht mehr möglich sei. Die FDP weiß, daß dies auch für Bonn gilt. Sie ist jedoch vor den ungeheuerlichen Drohungen von Wehner, Brandt und Ehmke zurückgewichen. Die FDP verschließt weiter die Augen vor der Tatsache, daß die SPD schon längst auf der Suche nach einem Ersatzpartner ist, und — wie in Hamburg — die FDP durch die Grünen ersetzen will.

■ BUNDESTAG

Auszüge aus den Reden von Helmut Kohl, Alfred Dregger, Alois Mertes, Manfred Wörner und Rainer Barzel Seite 2—7

■ NAHOST

Frieden, Freiheit und volle Souveränität für den Libanon Seite 8

■ INFORMATION

CDU/CSU-Oberbürgermeister trafen sich in Bonn Seite 10

■ SOZIALES

Änderungsantrag der Union zum „Taschengeld“ für Heimbewohner abgelehnt Seite 11

■ HAMBURG

Die Lage nach den Wahlen erfordert Bildung eines Bürgerseats Seite 13

■ DOKUMENTATION

Europa '82 — Bilanz und Perspektive grüner Teil

■ ÖA

Werbematerialien der Frauenvereinigung rosa Teil

Die nächste Ausgabe des UID erscheint am 22. Juli 1982.

Helmut Kohl:

Es wird Zeit, sich der Staatsräson zu erinnern

In der außenpolitischen Debatte des Deutschen Bundestages am 24. Juni 1982 erklärte Helmut Kohl in seiner Antwort auf die Regierungserklärung des Bundeskanzlers und des Bundesaußenministers, dies sei die Bilanz einer Regierung gewesen, die nichts zeige als die Tatsache, daß sie seit langem die Führung verloren habe. Aus der Rede des Oppositionsführers bringen wir folgenden Auszug:

An der Friedensdemonstration anlässlich des Breschnew-Besuches haben sich keine Sozialdemokraten beteiligt; an der Demonstration anlässlich des NATO-Gipfels haben sich viele SPD-Mitglieder beteiligt, obwohl dort die aberwitzigen Parolen verkündet wurden, „die NATO bereite aktiv einen Krieg vor“, verbunden mit der ungeheuerlichen Drohung, man werde die Bundesrepublik unregierbar machen, wenn man sich den Forderungen der Veranstalter nicht unterwerfe.

Sie selbst, Herr Bundeskanzler, haben für diese Demonstration vor und nach ihrer Durchführung große Worte des Verständnisses gefunden, in Bonn und New York. Die Friedensdemonstration der CDU aber, die ein Bekenntnis zu unserer freiheitlichen demokratischen Ordnung, zum Frieden in Freiheit gemeinsam mit unseren Freunden und westlichen Verbündeten ablegte, diese Demonstration, Herr Bundeskanzler, haben Sie schlicht als überflüssig bezeichnet.

Die Sicherheitsfrage ist die Kernfrage der Staatsräson, und sie ist die Kernfrage des Bündnisses.

In diesem atlantischen Bündnis fanden die Deutschen bisher ihre Sicherheit und, wenn es nach der großen Mehrheit geht, soll es auch in Zukunft dabei bleiben.

Die CDU/CSU hat alle entscheidenden Positionen des westlichen Bündnisses mitgetragen, ob es der Doppelbeschluß der NATO vom Dezember 1979 war oder die westlichen Vorschläge auf den KSZE-Nachfolgekonferenzen oder auf den Genser und Wiener Abrüstungskonferenzen. Wir werden diese Politik selbstverständlich auch in der Regierungsverantwortung fortsetzen, um den Frieden in Freiheit zu sichern.

Die entscheidenden Angriffe gegen diese Friedens- und Sicherheitspolitik des westlichen Bündnisses kamen und kommen vor allem aus Ihren eigenen Reihen, Herr Bundeskanzler. Die SPD muß sich heute die Frage stellen lassen, wie es aufgrund ihrer inneren Zerrissenheit noch mit ihrer Fähigkeit zu einer Friedenspolitik, die den Interessen der großen Mehrheit unseres Volkes entspricht, bestellt ist?

In Europa geht Angst um, und am meisten in Deutschland. Eine große Angst um die politische Kultur im Lande, die von Gewalt zersetzt, von Führungslosigkeit belastet und von Unsicherheit überwuchert wird. Angst um das wirtschaftliche Gedeihen, während der Staat in sozialistischer Blindheit sich immer tiefer in das Gemeinwesen hineinfrißt.

Angst schließlich um die Grundlagen, die 30 Jahre lang unsere Sicherheit garantier-

ten: das Bündnis mit dem freien Westen, die atlantische Partnerschaft.

Die Sorge um den Modus vivendi mit dem hochgerüsteten Nachbarn im Osten paart sich mit der neuen Frage nach dem Ort der Deutschen in Europa.

„Äquidistanz“ zu Washington und Moskau wird offiziös angedeutet, so als ob für die Deutschen Angst und Hoffnung nach Ost und West jemals gleichmäßig verteilt wären und jemals sein könnten.

Mißtrauen gegen Substanz und Formen amerikanischer Politik gerät in gefährliche Mode, und die Regierung fördert es. Auf dem SPD-Parteitag haben Sie, Herr Bundeskanzler, gegen den amerikanischen Neokonservatismus unter der Flagge des Reaganismus gewettert.

Nicht das Prinzip der Entspannung ist tot. Die übertriebenen Hoffnungen sind es, die sich daran knüpfen, und die Illusion, man müsse nur fest daran glauben, dann werde die Wirklichkeit sich fügen.

Realpolitik muß letzten Endes darin bestehen, die überall drohenden Gegensätze und offenen Konflikte kontrollierbar zu halten.

Dies ist zu einer Frage des Überlebens geworden, denn die Technik der Waffenentwicklung droht sich der Kontrolle der Politik zu entziehen.

Der Werte- und Kulturkrise, die heute so viele als Entfremdung empfinden, liegt die Kluft zwischen Technik und Vernunft zugrunde. Sie zu überbrücken erfordert eine Verbindung von Staatskunst und praktischer Ethik, und sie ist weltweit gefordert.

Wer da auf tiefe Verständigung im Sinne christlicher Nächstenliebe hofft, läuft Gefahr, enttäuscht zu werden.

Wer aber eine Formel des Überlebens sucht, die auf einen dauerhaften Frieden hinarbeitet, auf einen Frieden, der auf übergreifenden Lebensinteressen von Ost und West ruht und auf dem Verzicht auf Hegemonie und Weltherrschaftsziele, der muß den Satz hinnehmen, daß es die

Teilung der nuklearen Apokalypse war, die bisher ihren Ausbruch verhinderte.

Wer Gesinnungsethik zum Maßstab der Politik machen will, anstelle der Verantwortungsethik, der wird in die tragische Lage geraten, daß er das, was er erhalten will, zerstört.

Wer die Logik des Gleichgewichts absichtlich oder unabsichtlich ignoriert, der macht die Welt nicht sicherer.

Denn dieselbe Bedingung des bewaffneten Gleichgewichts, die in Europa über mehr als 30 Jahre einen leidlichen Friedenszustand erhielt, würde ja, wenn sie entfiel, eine Prämie auf Übermacht und Angriffswillen setzen.

Die Flucht in die einfachen großen Welterklärungen der Gesinnungsethik, die Frieden wollen ohne Waffen, enthält auch die größten Gefahren:

Wo Ungleichgewicht entsteht, wo ein Machtvakuum sich auftut und wo die Disziplin der Realpolitik endet, dort beginnt nicht das Reich Gottes auf Erden, dort wächst die Gefahr des Krieges.

Wir können die Unfriedlichkeit der Welt durch unser Wünschen nicht verändern, sondern nur durch Augenmaß in der Politik und ein klares Begreifen unserer Lage und unserer Interessen als Deutsche, als Europäer, die an dem moralischen Widerspruch leiden, daß das Gleichgewicht des Schreckens mehr bewirkt und den Frieden effektiver sichert als die Friedenssehnsucht der Völker.

Der Westen hat zehn Jahre lang Vorleistungen gebracht. In dieser Zeit hat die Sowjetunion gerüstet und gerüstet. Eine Entspannung aber, die allein zu sowjetischen Bedingungen zu haben ist, wäre keine. Sie wäre Diktat und damit Vorstufe zur Unterwerfung und zum Verlust der freiheitlichen Lebensform.

Entspannung, als Hoffnungsposten, muß nüchtern betrieben werden, zu klaren Geschäftsbedingungen, als fortlaufender Prozeß in ständiger Anstrengung, und ohne Aussicht auf einen rasch erreichbaren, dauerhaft stabilen Zustand.

Alois Mertes:

Westeuropa nicht erpreßbar werden lassen

Die atlantische Allianz ist im Gegensatz zum Warschauer Pakt kein erzwungener Militärblock, sondern eine freiwillige Gennungsgemeinschaft rechtsstaatlicher Demokratien, deren kulturelle Verwurzelungen im Ethos der Menschenwürde und schöpferische Freiheit ihre Überlegenheit gegenüber jeder Form totalitärer Herrschaft ausmacht.

Um seine Vorstellungen von Menschenrecht und Selbstbestimmung durchzusetzen und um die Sowjetunion zu ausgewogener und nachprüfbarer Abrüstung zu bewegen, muß das atlantische Bündnis sich auch im Bereich der wirtschaftlichen Beziehungen zur Sowjetunion und ihren Verbündeten zu einer geschlossenen und verlässlichen Strategie der flexiblen Reaktion aufraffen.

Gegenüber Staatshandelsländern, die auch die Außenwirtschaft als Instrument ihrer expansiven politischen Zielsetzung betrachten, können die Gesetze des freien Welthandels nicht uneingeschränkt Geltung haben. Die Politik muß hier Primat fordern. Die Beschlüsse des atlantischen Bündnisses vom 11. Januar 1982 stellten einen ersten wirksamen Schritt in dieser Richtung dar. Die Bonner Erklärung bekräftigt im Grundsatz die Unterordnung der Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen unter die Sicherheitsinteressen des Westens.

Im Lichte dieser Beschlüsse muß man feststellen, daß jede weitere Stützung von Krediten an die Sowjetunion durch Zinszuschüsse, Bürgschaften und vergleichbare Maßnahmen, bei Fortdauer der gegenwärtigen Menschenrechtsun-

terdrückung in Polen und Kriegführung in Afghanistan, die Glaubwürdigkeit der Allianz untergraben muß.

Die Verantwortlichen im Bündnis haben seit jeher gleichermaßen zwei Gefahren für Frieden und Freiheit gesehen. Niemand kann die Gefahr eines atomaren Krieges, einer nuklearen Selbstvernichtung der Menschheit leugnen oder aus dem Bewußtsein verdrängen. Deshalb respektieren wir die Sorgen und Ängste der Friedensbewegung in unserem Lande.

Das Paradoxon der Abschreckungsstrategie — die Verhinderung eines Krieges — ist verständlicherweise nur sehr schwer zu verarbeiten. Die Abschreckung als bittere politische Notwendigkeit kann überhaupt nur dann einen breiten Konsens in der Bevölkerung erreichen, wenn gleichzeitig eine zweite, konkretere, weil wahrscheinlichere Gefahr bewußt ist, deren Berechtigung, ja deren Existenz heute von der Friedensbewegung geleugnet wird: die politische Selbstfesselung Westeuropas gegenüber der Sowjetunion, der Zwang zu vorbeugendem Wohlverhalten gegenüber den expansiven Zielen einer totalitären Weltmacht.

Es ist ein weitverbreiteter Irrtum zu glauben, im atomaren Zeitalter sei militärische Überlegenheit nicht mehr in Form politischer Übermacht nutzbar. Einseitige Bedrohungsmöglichkeiten — global oder regional begrenzt — können allein durch ihre Existenz als Drohkulisse bereits ein Klima der Einschüchterung, der Angst und damit der politischen Nachgiebigkeit schaffen.

Paradebeispiel dafür könnten die langfristigen Folgen einer eurostrategischen Überlegenheit der Sowjets sein. Die Hege-monialwaffe SS 20 soll nicht der Zerstörung Europas dienen, aber sie kann in Krisenlagen — und wer könnte etwa einen neuen ultimativen Zugriff Moskaus auf Berlin (West) ausschließen — als massive und wirkungsvolle Unterstützung politischer Zielsetzungen wirken.

Alfred Dregger:

Sicherheit nur durch Verzicht auf Herrschaft über andere

Daß die NATO-Strategie ihrer Zielsetzung nach keine Kriegsführungs-, sondern eine Kriegsverhinderungsstrategie ist, die nicht darauf aus ist, den Sieg zu erringen, sondern den Krieg zu vermeiden, wird zum Teil nicht begriffen, zum Teil wird sie bewußt mißverstanden, zum Teil werden bewußt unverständliche oder sinnverfälschte Argumente in die Diskussion eingebracht, um sie als kleine Münze im parteipolitischen Kampf zu mißbrauchen. Das ist schädlich für den Zusammenhalt in unserem Volk, für die Motivation unserer Wehrpflichtigen und für den Erfolg unserer Friedenspolitik, von der die Abschreckungsstrategie nur ein Teil ist.

Die einzige Sinnggebung der NATO-Strategie, den Frieden zu bewahren und die Freiheit zu erhalten, hat die Bonner Erklärung der Staats- und Regierungschefs erneut hervorgehoben. Aus deutscher Sicht möchte ich dieser Erklärung zwei Erwägungen hinzufügen:

Aufgrund ihrer geographischen Lage wären die Deutschen mehr als alle anderen Völker von einem europäischen Krieg betroffen. Unser Land wäre der Hauptkriegschauplatz.

Die Sowjetunion, die USA und auch anderer Völker, die weiter entfernt von der europäischen Teilungsgrenze des Jahres 1945 leben, werden in ihrer Existenz nur durch einen atomaren Raketenkrieg be-

droht. Unser Volk dagegen wird existentiell auch durch einen nichtatomaren Krieg bedroht. Auch ein solcher würde unser Land vollständig zerstören.

Es liegt daher nicht im deutschen Interesse, ausschließlich die Gefahr des atomaren Raketenkrieges zu beschwören und darüber die gerade für uns Deutsche bestehende Gefahr des nicht-atomaren Krieges zu verdrängen.

Nach 1945 hat es leider nicht weniger Kriege gegeben als vor 1945. Aber überall dort, wo ein potentieller Angreifer mit dem atomaren Gegenschlag des Angegriffenen rechnen mußte, wurde der Krieg vermieden. Im Falklandkrieg hatte keine Seite mit dem atomaren Gegenschlag der anderen zu rechnen, deshalb war er möglich.

Die atomaren Waffen sind die ersten in der Weltgeschichte, die nicht nur die Soldaten und die Völker bedrohen, sondern auch die Machthaber, die sie einsetzen. Auch sie könnten sich ihrer Wirkung nicht entziehen.

Man sagt es nicht gern wegen der Schrecklichkeit des Instruments, aber man muß es um der Klärung der Tatbestände willen sagen, daß insofern, aber auch nur insofern, gerade die atomaren Waffen eine friedenserhaltende Wirkung haben.

Es ist gewiß schlimm, daß es nach wie vor der Abschreckung bedarf, um Kriege zu verhindern, zumal Abschreckung ja auch einmal versagen könnte. Deshalb muß Abschreckung durch Zusammenarbeit mit dem möglichen Gegner ergänzt werden, wo immer es geht.

Langfristiges Ziel der Politik muß es sein, Abschreckung durch Zusammenarbeit schließlich überflüssig zu machen. Das setzt allerdings den Verzicht eines jeden auf Herrschaft über den anderen voraus, den Verzicht vor allem auf Welt-herrschaft, auch auf Weltrevolution, was ja dasselbe ist, wenn auch in ideologischer Umschreibung.

Manfred Wörner:

Ein System friedlicher Konflikt- schlichtung

Nicht die Waffen sind es, die uns bedrohen, es ist die hinter ihnen stehende Machtpolitik der UdSSR, die auf Gewalt setzt, während wir auf sie verzichtet haben. Darum liegt das entscheidende Problem und gleichzeitig unsere wichtigste Aufgabe darin, nach einer politischen Ordnung in Europa und der Welt zu suchen, die den friedlichen Wandel ermöglicht — also nicht den Status quo befestigt.

Also kommt es darauf an, eine politische Friedensordnung, das heißt eine Ordnung friedlicher Konfliktschlichtung, aufzubauen und die Sowjetunion auf diese Ordnung und damit auf den friedlichen Wettbewerb festzulegen. Hier liegt der Schlüssel zum dauerhaften Frieden.

Dies werden wir nur schaffen, wenn der Westen all seine Möglichkeiten, seine politischen finanziellen, wirtschaftlichen und technologischen Mittel zusammenfaßt und der Sowjetunion deutlich macht, daß wir unsere Leistungen und Hilfe an den Ostblock mit einem verantwortlichen und konfliktbegrenzenden Verhalten der Ostblockstaaten verknüpfen.

Ost und West bleiben ideologisch und politisch Rivalen. Daran kann auch eine Politik des Dialogs und der Zusammenarbeit nichts ändern. Das nukleare Zeitalter aber zwingt Ost und West zur Koexistenz. Rhetorische Kreuzzüge können daran nichts ändern.

Darum haben Politiker im Westen eine zweifache Verantwortung. Sie müssen der sowjetischen Expansionspolitik widerste-

hen und sie müssen sich gleichzeitig der Risiken einer globalen Konfrontation bewußt sein. Darum muß jede verantwortliche westliche Politik auf lange Sicht sowohl Elemente der Kooperation wie der Konfrontation einbeziehen. Abschreckung und Koexistenz, Eindämmung und Spannungsabbau bleiben Aufgaben eines realistischen Friedenskonzepts.

Frieden bedeutet nicht, daß es keine Konflikte gibt, sondern die Fähigkeit, Konflikte mit friedlichen Mitteln auszutragen.

Nachgeben um jeden Preis führt nicht zur Kompromißbereitschaft, sondern zur Unnachgiebigkeit. Verhandeln um jeden Preis führt nicht zum wirklichen Spannungsabbau und zur Stabilität, sondern zur Erpressung.

Entspannung um jeden Preis führt nicht zum Frieden, sondern zur Ermutigung des Gewalttäters.

Wir sind bereit zum Nachgeben, wenn uns auch die UdSSR entgegenkommt.

Alle Vorschläge einer atomwaffenfreien Zone in Europa sind nicht geeignet, die Schrecken eines Atomkrieges zu vermindern oder gar zu bannen.

Außerdem haben sie alle eine Schwäche: sie machen den konventionellen Krieg wahrscheinlicher und bringen daher nicht mehr, sondern weniger Sicherheit.

Sie stellen geradezu eine Prämie für den Einsatz oder die Drohung mit dem Einsatz nuklearer Waffen im Konfliktfall dar.

Außerdem sind Nuklearwaffen mobil. Niemand kann verhindern, daß sie in Krisenlagen in atomwaffenfreie Zonen hineintransportiert werden.

Wenn die UdSSR heute auf den Ersteinsatz nuklearer Waffen verzichtet, so kann das ja nur bedeuten, daß sie sich den Ersteinsatz anderer Waffen vorbehält. Sie versucht also, ihr konventionelles Übergewicht auszuspielen. Das ist das Gegenteil von Vertrauensbildung. Überdies: ein bloßer Teilverzicht, höhlt den Grundsatz des allgemeinen Gewaltverzichts aus.

Rainer Barzel:

Was ist mit den Deutschen los? Wo stehen die noch?

Die Bundesregierung spricht im Zusammenhang mit der Außenpolitik gerne von Mäßigung, von Gleichgewicht und Ausgewogenheit. Trotzdem ist draußen ein Eindruck entstanden, der die Frage oft hören läßt: Was ist mit den Deutschen los? Wo stehen die noch?

Da fiel Beobachtern aus manchen Himmelsrichtungen auf, daß es im Oktober 1979 einen Leitantrag der SPD für ihren damaligen Parteitag gab, in dem von der „zentralen Bedeutung des Verhältnisses zur Sowjetunion“ die Rede war. So „Zentrales“ war im Hinblick auf den Westen nicht zu hören.

Da mußte der Bundeskanzler die schon abgesetzte Fernsehrede zu Weihnachten 1979 berichtigen, weil die „Friedensliebe der Sowjetunion“ inzwischen nach Afghanistan nicht mehr bestätigt werden konnte.

Dann merkte man im Jahre 1980 kritisch an, wie wenig, ja, eigentlich wie fast peinlich verhalten diese Koalition des 25. Jubiläums der Westverträge gedachte, die uns immerhin konkret Frieden, Freunde, Wohlfahrt und Souveränität gebracht haben, und mit wie lautem Getöse des 10. Jahrestages des Moskauer Vertrages gedacht wurde.

Dann: Rühmt man sich als Deutscher draußen, wir seien doch so solidarisch, weil wir nicht zur Moskauer Olympiade gefahren seien, so bekommt man die Ant-

wort, das stimme zwar, aber sind nicht vorher euer Kanzler und euer Außenminister entgegen der vom Westen eingehaltenen Besuchsquarantäne zu spektakulären Gesprächen nach Moskau gefahren, die den Sowjets viel mehr wert waren als die Teilnahme einer deutschen Delegation, die vielleicht auch noch Medaillen gewonnen hätte?

Im Spätherbst 1981 kam Breschnew wieder nach Bonn; schon wieder. Westliche Besucher haben uns gefragt: Ist das noch Besuch, wenn der so oft kommt? Der Kanzler sei „Dolmetscher“, hieß es. Doch die im Westen haben gedacht, er sei Partei und Partner.

Und dann gleich hinterher zum Werbellinsee, engagiert, gerade vor der Verhängung „des Kriegsrechts in Polen. Da kommt der Satz, den nun keiner mehr im Westen verstehen kann: Herr Honecker sei so bestürzt gewesen wie er, daß das notwendig sei. Das „bestürzt“, das verzeiht jeder, aber „notwendig“! Kriegsrecht in Polen gegen Polen „notwendig“! Das hat das Faß zum Überlaufen gebracht.

Dann kam Vize-Außenminister Rakowski nach Bonn. Als er kam, wußte ich nicht, was ich heute weiß, nämlich, daß er damals auch in anderen westlichen Hauptstädten angeklopft hatte. Die hatten aber gesagt, Sie sind uns willkommen, wenn einer von uns Herrn Walesa besuchen darf. Herr Rakowski war nur in Bonn...

Dann kam Ihr SPD-Parteitag. Da haben Sie im April 1981 ohne sichtbaren Widerstand des Kanzlers aus der verbindlichen Zusage zur Nachrüstung eine offene Option gemacht. Der Beschluß der NATO und des Bundestages heißt: Wir werden nachrüsten, wenn die Sowjetunion nicht bis dann und dann ihre Vor- und Überrüstung wegnimmt. Der Beschluß des SPD-Parteitags heißt: Wir werden prüfen, ob wir nachrüsten werden. Das sind doch zwei Welten.

■ NAHER OSTEN

Frieden, Freiheit und volle Souveränität für das libanesische Volk

Zur Lage im Libanon gaben der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Manfred Wörner sowie die beiden Nahost-Experten Hans Klein und Hans Stercken namens der CDU/CSU-Bundestagsfraktion folgende Erklärung ab:

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion bekundet ihre Solidarität mit dem unserem Volk befreundeten, durch jahrelange Gewalteinwirkung leidgeprüften Volk des Libanon. Die Palästinensische Befreiungsorganisation (PLO) hat dort einen Staat im Staate gebildet und von libanesischem Boden aus bewaffnete Aktionen gegen Israel unternommen. Syrische Truppen, seit sechs Jahren im Lande, haben den durch die PLO-Präsenz gestörten inneren Frieden nicht wiederherzustellen vermocht. Sie waren vielmehr in zunehmendem Umfang an den internen Auseinandersetzungen beteiligt, die — nach libanesischen Angaben — annähernd 100 000 Todesopfer gefordert haben. Der jüngste israelische Angriff auf Stützpunkte bewaffneter Palästinenser hat wiederum die libanesische Bevölkerung besonders schwer getroffen.

So dringend der Nahost-Konflikt — tiefste Ursache des Libanonproblems — gerecht, umfassend und dauerhaft gelöst werden muß, so notwendig ist vorab die Wiederherstellung der vollen Souveränität des Libanon.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion fordert die Bundesregierung auf,

— gemeinsam mit unseren Verbündeten einen neuen politischen Anlauf zu unter-

nehmen, um Frieden, Freiheit und volle Souveränität für das libanesische Volk durch Verhandlungen wiederherzustellen;

— ihren Einfluß in den entsprechenden internationalen Gremien geltend zu machen, um durch den Abzug der israelischen, syrischen und anderen ausländischen Interventionstruppen sowie die Entwaffnung der palästinensischen Freischärler und der verschiedenen libanesischen Milizen die Beendigung aller militärischen Operationen zu erreichen;

— die Absicht der libanesischen Regierung zu unterstützen, den Truppen der VN (UNIFIL) oder einer anderen neutralen Friedenstruppe im Zusammenwirken mit libanesischen Streitkräften den gesamten Süden des Landes zur wirksamen Kontrolle zuzuweisen und dadurch Friedensregelungen mit dem Ziel zu fördern, daß kein Landesteil des Libanon von Dritten zur militärischen Basis für Angriffe auf Nachbarstaaten mißbraucht werden kann;

— dem Libanon dabei zu helfen, die innere Sicherheit des Landes in eigener Verantwortung und durch eigene Ordnungskräfte zu gewährleisten;

— den Opfern der Gewalt großzügige humanitäre Hilfe zu leisten;

— zu Rettung und Bewahrung der zahlreichen architektonisch und künstlerisch wertvollen Zeugnisse der Menschheitsgeschichte, wie beispielsweise in der Stadt Tyros, beizutragen und dafür auch private deutsche Hilfe zu ermutigen;

— in dem der Bundesrepublik Deutschland möglichen Umfang am Wiederaufbau eines unabhängigen und demokratischen Libanon mitzuwirken, in dem unterschiedliche religiöse und ethische Bevölkerungsgruppen wieder friedlich zusammenleben können.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion bedauert, daß dieser Appell als Vorlage für eine Entschließung des Deutschen Bundestages nicht auch die Zustimmung der Koalitionsfraktionen gefunden hat.

■ INFORMATION/ KOALITION

In Nürnberg fehlen immer noch 1,5 Mrd. DM

Im Nachtragshaushalt 1982 sind weitere fünf Mrd. DM für die Betreuung der Arbeitslosen eingesetzt, davon entfallen aber nur 4,1 Mrd. auf die Bundesanstalt für Arbeit in Nürnberg. Schon im November vergangenen Jahres hat MdB Bernhard Friedmann darauf hingewiesen, daß in Nürnberg in diesem Jahr fünf bis sechs Mrd. fehlen werden, die voll zu Lasten des Bundeshaushalts und damit des Steuerzahlers gehen. Inzwischen hat die Bundesregierung ihre Fehleinschätzung bei der Zahl der Arbeitslosen und der Kurzarbeiter sowie beim Schlechtwettergeld eingesehen. Nach wie vor sind aber einige Ansätze zu niedrig:

— das Arbeitslosengeld ist um mehr als eine Mrd. zu niedrig veranschlagt, wovon 700 Mio. darauf zurückzuführen sind, daß die der Bundesanstalt für einen Arbeitslosen entstehenden Kosten zu gering angesetzt werden; rund 350 Mio. ergeben sich aus einer zu günstig angemessenen Leistungsempfängerquote;

— das Kurzarbeitergeld ist um rund 150 Mio. DM zu niedrig veranschlagt; die Bundesregierung hat zwar die Zahl der Kurzarbeiter, mit denen gerechnet wird, von 240 000 auf 475 000 erhöht. Mit dem dazu gehörenden Finanzansatz ist sie aber zu kurz getreten;

— die Mindereinnahmen der Bundesanstalt werden um 300 Mio. höher ausfallen, als von der Bundesregierung unterstellt wird. Sie hängen damit zusammen, daß die Beitragseinnahmen wegen der höheren Arbeitslosenzahl geringer ausfallen, eine zu hohe Lohnsteigerung für die Bei-

tragsberechnung unterstellt sowie die Einnahmen aus der Erstattung des Arbeitslosengeldes für 59jährige Arbeitslose zu hoch veranschlagt wurden.

Zum Rücktritt des US-Außenministers Haig

Die CDU/CSU bedauert den Rücktritt Alexander Haigs als Außenminister der USA, mit dem die Unionsparteien seit Jahren freundschaftlich verbunden sind, erklärte MdB Alois Mertes. Alexander Haig war ein loyaler nationaler Politiker, der mit Präsident Reagan nach den langen Jahren amerikanischer und europäischer Illusionen einen Kurs stetiger und berechenbarer Festigkeit vertrat, der verbunden ist mit der Bereitschaft zu Ost-West-Vereinbarungen, ausgewogener Abrüstung und echter Entspannung. Haig verfügte bei aller Eindeutigkeit und Standfestigkeit aber auch über eine für die Gestaltung der internationalen Beziehungen notwendige Gabe: Er konnte sich in die politische Lage und in die Betrachtungsweise anderer Völker versetzen. Deshalb war er ein Faktor der inneren Einheit des Atlantischen Bündnisses.

Die CDU/CSU bekundet dem neuen amerikanischen Außenminister, George Shultz, ihr Vertrauen und ist zuversichtlich, daß auch er ein Garant des europäisch-amerikanischen Bündnisses freier Völker sein wird.

Helmut Kohl empfing Duarte

Helmut Kohl empfing am Freitag, 25. Juni, den früheren Präsidenten von El Salvador und jetzigen Vorsitzenden der Christlich Demokratischen Partei dieses Landes, José Napoleón Duarte, zu einem längeren Gespräch. Duarte, der sich auf Einladung der CDU in der Bundesrepublik Deutschland aufhält, gab einen Überblick über die derzeitige innenpolitische Entwicklung in

seinem Land und erläuterte insbesondere die Anstrengungen, die seine Partei unternimmt, um El Salvador zu befreien und die Demokratie zu stärken. Duarte sprach auch vor der Bundestagsfraktion der CDU/CSU. Bei dieser Gelegenheit dankte er den deutschen Christdemokraten für die Unterstützung, die sie dem Volk von El Salvador in seinem Kampf für Freiheit, Gerechtigkeit und Demokratie gewährt haben. Kohl bezeichnete Duarte als einen mutigen Kämpfer für die Demokratie und als große Hoffnung für El Salvador.

Kernkraftwerke laufen „fast schadensfrei“

Bei den tatsächlich feststellbaren Schadensfällen schnitten die Kernkraftwerke nach einer Untersuchung von Jürgen Feldmann, Geschäftsführer der Spezialversicherung für Kraftwerke „Rhenas“, günstiger ab als die konventionellen Kraftwerke. Ein in Essen vorgelegter Vergleich der Schadensstatistiken der Versicherer ergab, daß die Sachversicherung der deutschen Kernkraftwerke von 1967 bis 1982 „fast schadensfrei“ verlaufen ist. Die gesamte Schadensumme, zu der Brand-, Sach- und Nuklearschäden gehören, betrug in den 16 Jahren „lediglich 4,4 Millionen Mark“. Dagegen sind von 1971 bis 1981 bei konventionellen Kraftwerken mit einer den Kernkraftwerken vergleichbaren Leistung von 11 000 Megawatt allein bei 250 Brandschäden Ersatzleistungen von 33 Millionen Mark gezahlt worden.

CDU/CSU-Oberbürgermeister trafen sich in Bonn

Auf Einladung von Helmut Kohl fand in Bonn eine Oberbürgermeister-Konferenz mit über 30 der CDU bzw. CSU angehörenden Stadtoberhäupter in den großen Städten statt. Außer Helmut Kohl nahmen auch die zuständigen Vorsitzenden der

Arbeitsgruppen der CDU/CSU-Fraktion an dem Meinungsaustausch teil.

In seiner Eröffnungsrede verwies Helmut Kohl auf die Tatsache, daß heute die Union in zwei Dritteln der Städte und Gemeinden über die relative beziehungsweise absolute Mehrheit verfügt. Daß heute die SPD in der Bundesrepublik Deutschland in der Wählergunst nur noch bei knapp über 30 Prozent liege, sei auch mit der guten Arbeit der CDU und CSU in den Kommunen zu erklären. Entschieden wandte sich Kohl gegen die Praxis der Bundesregierung, bei Haushaltsberatungen den Bund zu entlasten und Städte und Gemeinden zu belasten.

Der Stuttgarter Oberbürgermeister und Präsident des Deutschen Städtetages, Manfred Rommel, bedauerte die fehlende Kraft der Bundesregierung bei der Einleitung wichtiger Maßnahmen zur Entlastung der Kommunen. Der kommunalpolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion, Horst Waffenschmidt, sprach sich entschieden gegen weitere Kürzungen bei den kommunalen Investitionen aus, da sonst weitere Arbeitsplätze gefährdet seien. Das in der vorherigen Woche verabschiedete Asylverfahrensrecht wurde von den Oberbürgermeistern als ein Schritt in die richtige Richtung angesehen.

Eine ähnliche Veranstaltung mit Landräten, Bürgermeistern und weiteren führenden Kommunalpolitikern der Union ist in Vorbereitung.

Rhein-Sieg-CDU jetzt größter Kreisverband

Mit genau 10 116 Mitgliedern ist der CDU-Kreisverband im Rhein-Sieg-Kreis mitgliederstärkster Verband in der Bundesrepublik. Viele Jahre waren die Rhein-Sieg-Christdemokraten die Nummer zwei nach dem Kreisverband Hochsauerland. Dieser rückte nach der jüngsten Zählung mit 10 111 in die zweite Position zurück.

SOZIALPOLITIK

Antrag der Union zum „Taschengeld“ für Heimbewohner abgelehnt

Vor einem halben Jahr hat der Bundestag nach langen Verhandlungen im Vermittlungsausschuß verschiedene Maßnahmen im Rahmen des 2. Haushaltsstrukturgesetzes beschlossen, die wir heute korrigieren, weil die damals getroffenen Regelungen für die Betroffenen unzumutbar sind, erklärte MdB Gerhard Braun in der Debatte zur Änderung des Sozialgesetzbuches.

Ich möchte insbesondere auf drei Punkte eingehen: Die Ausgestaltung des sogenannten Zusatztaschengeldes, die erhöhte Kostenbelastung für Eltern, deren behinderte Kinder in einem Heim oder in einer ähnlichen Einrichtung untergebracht werden müssen, und die Anrechnung des Blindengeldes auf das Pflegegeld.

Im April dieses Jahres hat die CDU/CSU-Fraktion einen Gesetzentwurf vorgelegt, der eine Änderung des Bundessozialhilfegesetzes vorsah, um bei dem Zusatztaschengeld für Heimbewohner den Rechtszustand wiederherzustellen, der vor Inkrafttreten des 2. Haushaltsstrukturgesetzes, also bis Dezember 1981, bestanden hat. Diese Lösung hielten wir für notwendig und sozialpolitisch gerechtfertigt, um den in Heimen lebenden Mitbürgern, die einen Eigenanteil zu den Heimkosten leisten, zumindest auch einen Teil ihrer Rente oder ihres Einkommens für sich selbst zur freien Verfügung zu belassen, ohne damit zu Almosenempfängern abgestempelt zu werden.

Wenn ich nun auch gegen meine Überzeugung vom Taschengeld gesprochen habe, dann nur, um vor der Öffentlichkeit deutlich zu machen, um was es sich handelt, und weil sich dieser Begriff leider inzwischen eingebürgert hat. Wir können heute im Rahmen dieser Korrektur dieses Problem nicht lösen, aber wir müssen in Zusammenarbeit mit den Rentenversicherungsträgern zu einer Regelung kommen, daß der Begriff Taschengeld nicht nur verschwindet, sondern daß in Zukunft durch den jeweiligen Rentenversicherungsträger zwei Überweisungen vorgenommen werden; eine an den Träger des Heimes, in dem die Unterbringung erfolgt, und eine an den Rentenempfänger selbst. So ist nicht nur der Begriff Taschengeld verschwunden, sondern es erfolgt auch keine Gewährung einer bestimmten Leistung durch das Sozialamt.

In dem nun von der CDU/CSU-Bundestagsfraktion vorgelegten Änderungsantrag zur Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines Sozialgesetzbuches haben wir erneut die Wiederherstellung der bis zum 31. Dezember 1981 gültigen Regelung gefordert. Wir bedauern es sehr, daß SPD und FDP nicht bereit waren, unserem Gesetzentwurf, den wir mit Drucksache 1602 vorgelegt hatten, zu folgen. Wäre man unserem Vorschlag gefolgt, wären keine Verzögerungen eingetreten — eine längere Belastung der Betroffenen wäre vermieden worden. Unsere Regelung sah vor, daß das Zusatztaschengeld bereits ab 1. Juli dieses Jahres gewährt werden sollte. Nach der von

der Koalition vorgeschlagenen Regelung erfolgt die Gewährung erst zwei Monate nach Verkündung des Gesetzes.

Der von der Koalition vorgelegte Vorschlag hat auch nichts mit der Wiederherstellung des früheren Rechtszustandes zu tun. Für alle, die sich in den vergangenen Monaten sehr eingehend mit der Problematik befaßt haben, ist unverkennbar, daß es sich bei dem Vorschlag darum handelt, ohne Rücksicht auf die Leistungen, die ein Heimbewohner oft durch jahrzehntelange Beiträge zu einer Rentenversicherung selbst erbracht hat, allen eine Barleistung in gleicher Höhe zur persönlichen Verfügung zu gewähren. Ein solcher Lösungsvorschlag, der die Eigenleistung völlig unberücksichtigt läßt, paßt natürlich voll in das ideologische Bild der SPD, alles über einen Kamm zu scheren und gleich zu behandeln. Jeglicher Anreiz zur Leistung fällt weg. Der Weg, der hier beschrritten wird, ist der Weg in die Einheitsversorgung, den wir nicht mitmachen können.

Neben der wünschenswerten Korrektur der Vorschrift des § 21 des Bundessozialhilfegesetzes — eben der Taschengeldregelung — ist es zu begrüßen, daß sich die erheblichen Belastungen, die den Eltern behinderter Kinder, die in einem Heim oder in einer Tagesstätte oder in einer Sonderschule untergebracht werden müssen, nun zurückgenommen werden sollen. Nach der Regelung, die bis Ende Dezember 1981 galt, hatten die Eltern für die Unterbringung ihrer Kinder lediglich die Kosten der häuslichen Ersparnis aufzubringen, die sich monatlich auf maximal etwa 200,— DM beliefen. Alle Fraktionen des Deutschen Bundestages sind sich einig, daß es den betroffenen Eltern nicht zugemutet werden kann, über die ohnehin schon starke seelische Belastung hinaus, die eine Behinderung eines Angehörigen zwangsläufig mit sich bringt, auch noch durch eine erhebliche finanzielle Bela-

stung die private Sphäre weiterhin einzuschränken. Immerhin stieg die Belastung der Eltern aufgrund des 2. Haushaltsstrukturgesetzes von ca. 200 auf rd. 300 bis 350 DM pro Monat. Die Wiedereinsetzung der Vorschrift des § 43 Abs. 2 des Bundessozialhilfegesetzes in der bis zum 31. Dezember 1981 gültigen Fassung soll rückwirkend zum 1. Januar d. J. erfolgen.

Über diese Korrektur hinaus konnte interfraktionell Einigkeit erzielt werden, daß die durch das 2. Haushaltsstrukturgesetz eingetretene Streichung des Blindengeldes nun wieder in der Weise abgeändert werden soll, daß nur die Hälfte des Blindengeldes auf das Pflegegeld angerechnet wird. Dies betrifft zwar zahlenmäßig einen nicht sehr großen Personenkreis, doch wegen der besonderen Belastung, die mehrfach behinderte Blinde zu tragen haben, ist diese Maßnahme notwendig und begründet.

In den vergangenen Wochen und Monaten war, nachdem die Auswirkungen des 2. Haushaltsstrukturgesetzes spürbar wurden, sehr viel Unruhe und zum Teil Bitterkeit bei Betroffenen und Nichtbetroffenen festzustellen. Gerade die Maßnahmen, die im Bereich der Sozialhilfe getroffen wurden, stießen in der Bevölkerung auf Unverständnis und Enttäuschung. Wir sollten allerdings nicht verkennen, daß uns manches erspart geblieben wäre, wenn die Bundesregierung nicht seit Jahren eine verfehlte Wirtschafts-, Finanz- und Arbeitsmarktpolitik betreiben würde. Es fehlt bis heute eine klare Konzeption in der gesamten Haushalts- und Finanzpolitik.

Auf der anderen Seite müssen wir alle einsehen, daß die unter Zeitdruck erfolgten Entscheidungen des 2. Haushaltsstrukturgesetzes ein Beispiel dafür sind, wie sich der Bürger mit Recht Maßnahmen gegenüber zur Wehr setzt, die sozialpolitisch unausgewogen und für die Betroffenen unverträglich sind.

■ HAMBURG

Die Lage nach den Wahlen erfordert Bildung eines „Bürgersenates“

Ohne die Hamburger CDU kann auf Dauer keine stabile Regierung in der Freien und Hansestadt gebildet werden. Im folgenden gibt Walther Leisler Kiep einen Bericht zur Lage nach den Wahlen.

Die Ausgangslage: Mit 43,2 Prozent der Stimmen gelang es der CDU, erstmals in der Geschichte Hamburgs stärkste Partei zu werden. 42,7 Prozent bedeuten für die SPD ein Minus von 8,8 Prozent. Den Freien Demokraten mißlang erneut der Sprung über die Fünfprozenthürde; die Grünen konnten sich in Form der Grün-Alternativen Listen (GAL) erneut in einem Länderparlament etablieren.

Während die CDU einen Wahlkampf zum „Anfassen“ vor Ort führte, klammerte sich die SPD an Bonn und den vermeintlichen Heimatbonus von Bundeskanzler Helmut Schmidt. Mit dem Slogan „Hamburg läßt Helmut Schmidt nicht im Stich“ versuchten die Sozialdemokraten die Schwäche ihres eigenen Hamburger Weges zu über-tünchen. Landesbezogene Themen wurden erst gar nicht plakatiert.

Die kurzfristig und aus wahltaktischen Gründen überdeckten Flügelkämpfe in der Hamburger Sozialdemokratie sind bereits am Wahlabend wieder aufgebrochen. Schon in einer der ersten Abstimmungen in der Bürgerschaft zeigte sich, daß Teile der SPD durchaus bereit sind, mit der Grün-Alternativen Liste zusammenzuarbeiten.

Die Hamburger FDP ist zum zweitenmal hintereinander mit ihrem Ziel, die Fünfprozenthürde zu überspringen, gescheitert. FDP-Chef Hans-Dietrich Genscher, der die Bürgerschaftswahl zur „Schicksalswahl“ für die FDP hochstilisierte, hat ganz offensichtlich eine für den Wähler sehr wichtige Aufgabe der FDP vergessen: die Funktion der Freien Demokraten. Warum sollten die Bürger in Hamburg FDP wählen? Wer den Wechsel wollte, wählte CDU; wer die Hoffnung auf Besserung der Senatspolitik noch nicht aufgegeben hatte, SPD. Der Koalitionsdoppelbeschluß der FDP — am liebsten mit der SPD, aber wenn es mit der nicht reicht, genügt auch die CDU — überzeugte die Wähler nicht.

Die Gründe für das gute Abschneiden der GAL sind sehr ernst zu nehmen. Diese Gruppierung, die sich aus mehr als 150 Einzelgruppen zusammensetzt, wird versuchen, ihre bisher außerparlamentarischen Aktivitäten in der Bürgerschaft zum Tragen zu bringen. Die strenge Handhabung des imperativen Mandats, den völligen Verzicht auf die geplante Hafenerweiterung und der Ausstieg aus der Kernenergie sind nur einige wenige Programmpunkte der GAL, bei denen deutlich wird, daß eine wie auch immer geartete Zusammenarbeit mit der CDU nicht in Frage kommt.

Trotzdem sind Annäherungsversuche — „Schnuppergespräche“, wie sie der Exbürgermeister Hans-Ulrich Klose bezeichnet — der SPD an die Grünen unverkennbar. Schon kurz nach den Wahlen warnte

Altbürgermeister Herbert Weichmann die SPD vor Konzessionen an die Grünen.

Bürgermeister Klaus von Dohnanyi (SPD) weigert sich nach wie vor, die Konsequenzen aus dem vernichtenden Wahlergebnis zu ziehen. Er beruft sich — im Gegensatz zu jeder parlamentarischen Gepflogenheit — auf die Hamburgische Verfassung, nach deren Inhalt er im Amt bleiben müsse, da der Senat „ewig“ sei. In der Verfassung steht jedoch keineswegs, daß der Verlierer einer Wahl nicht zurücktreten darf.

Die Lage in Hamburg stellt sich somit wie folgt dar:

— eine große Koalition mit den Sozialdemokraten kommt nicht zuletzt wegen des inneren Zustandes der SPD nicht in Frage;

— eine Tolerierung des Wahlverlierers SPD durch die CDU scheidet — nachdem der Senat das Wählervotum vom 6. Juni 1982 mißachtet — auf alle Fälle aus;

— ebenso halte ich Diskussionen über Wahlrechts- und Verfassungsänderungen in der derzeitigen Lage für ungeeignet, die Hamburger Probleme zu lösen;

— Neuwahlen können nur der allerletzte Ausweg sein. Wenn über 90 Prozent der Wähler ihre Stimmen für demokratische Parteien abgegeben haben, und diese nicht in der Lage sind, mit dem Wählerauftrag fertig zu werden, so stärkt dies allein die Parteien- und Staatsverdrossenheit, nicht aber das Vertrauen in unsere parlamentarische Demokratie.

Ich habe zur Lösung der Hamburger Probleme die Bildung eines „Bürgersenates“ vorgeschlagen. Ein Senat, mit dem unter meiner Führung die Parteigrenzen überschritten werden, dessen Zusammensetzung sich nach dem Motto „Sachverstand vor Parteibuch“ richtet. Ein Senat, bei dessen Realisierung die CDU Abstriche machen muß — in der Sache, aber auch bei den Personen.

SPD sucht Rettung in einem rot-grünen Bündnis

Erstmals in der Geschichte Hamburgs und der Bundesrepublik wurde am 30. Juni mit dem Ziel der Machterhaltung der SPD ein rot-grünes Bündnis in Hamburg geschlossen. Nach der historischen Stunde 1959 in Godesberg wird der 30. Juni 1982 erneut als Meilenstein in die Geschichte der SPD eingehen, erklärte hierzu Walther Leisler Kiep. In der Freien und Hansestadt Hamburg sind die Befürchtungen von Professor Löwenthal über den Weg der Sozialdemokratie in die Tat umgesetzt worden.

Der hessische Wähler weiß jetzt, woran er ist. Wer keine ideologisch ausgegerichtete Politik will, die versucht, unsere parlamentarische Demokratie aus den Angeln zu heben, muß CDU wählen. Daran ändert auch eine Galionsfigur wie Holger Börner nichts.

Die Wahlkampfäußerungen des Ersten Bürgermeisters von Dohnanyi — „die Grünen existieren für mich überhaupt nicht“ — sind im Zuge der Anbiederung an die Grün-Alternative Liste (GAL) bereits jetzt Makulatur. Wie 1978, wo Hans-Ulrich Klose nach einem fast bürgerlichen Wahlkampf einen radikalen Kurswechsel vollzog, täuscht Dohnanyi erneut die Wähler.

Die SPD kämpft um die Machterhaltung mit dem Preis der Einflußnahme der GAL auf die Hamburger Politik. Die GAL in Hamburg ist kein Verein von Blumenkindern, sondern eine marxistisch-sozialistisch orientierte Kadergruppe.

STICHWORT:

Gesamtschulabkommen

Die Ständige Konferenz der Kultusminister der Länder hatte 1969 die Durchführung von Schulversuchen mit Gesamtschulen vereinbart. Dabei war festgelegt worden, daß ohne jede weitere Bedingung alle Abschlüsse von Gesamtschulen bundesweit anerkannt werden sollten. Diese Regelung war zeitlich befristet und lief 1982 endgültig aus.

Ein neues Abkommen sollte die Geltung der Schulabschlüsse in anderen Bundesländern — z. B. zur Aufnahme eines Studiums — sicherstellen. In den Verhandlungen traten erhebliche Meinungsunterschiede über die Mindestanforderungen für die gegenseitige Anerkennung von Gesamtschulabschlüssen auf. Die CDU bestand darauf, daß die Maßstäbe des gegliederten Schulwesens von Hauptschule, Realschule und Gymnasium auch für Gesamtschulen angewandt werden müßten. SPD/FDP-geführte Länderregierungen hatten aber inzwischen eine Entwicklung der Gesamtschulen zugelassen, bei der die Leistungsanforderungen erheblich gesenkt worden waren. Nach der Vereinbarung von 1969 mußten auch diese Abschlüsse in allen Bundesländern anerkannt werden. Der Vorwurf des „Billig-Abiturs“ kam auf.

Das neue Abkommen über die gegenseitige Anerkennung von Abschlüssen bringt entscheidende Vorteile:

— Die Kultusminister der SPD sind verpflichtet, an den Gesamtschulen ein Mindestmaß an Leistungsanforderungen einzuhalten.

— Die Abschlüsse an Gesamtschulen werden künftig vergleichbar und kontrollierbar sein. Unsinnige Experimente werden verhindert. Der drohende Leistungsverfall wird aufgehalten.

— Der Schulwechsel von einem Bundesland in ein anderes bleibt möglich. Die föderalistische Gestaltungsfreiheit ist ebenso gesichert wie die notwendige Einheitlichkeit.

— Die Bedeutung des Abiturs als Hochschulzugangsberechtigung wird gesichert und gestärkt. Die Hochschulen können von klar umrissenen Leistungsvoraussetzungen ausgehen.

Trotz der Anerkennung der Abschlüsse integrierter Gesamtschulen hält die CDU allerdings das gegliederte Schulwesen für begabungsgerechter und leistungsfähiger. Mit dieser Vereinbarung ist die Versuchsphase nicht beendet: Die integrierte Gesamtschule ist auch weiterhin nicht seriauglich.

CDU bereitet „Aktion Dritte Welt“ vor

Auf Einladung von Generalsekretär Heiner Geißler haben sich am Montag, 28. Juni 1982, die Beauftragten der CDU-Landesverbände für Fragen der Entwicklungshilfe zur Vorbereitung der „Aktion Dritte Welt“ getroffen. An den Beratungen nahmen u. a. der baden-württembergische Landesvorsitzende, Ministerpräsident Lothar Späth, und der Vorsitzende des Bundesfachausschusses Entwicklungspolitik, der Berliner Wirtschaftssenator Elmar Pieroth, teil.

„Auch in der Entwicklungshilfe beläßt es die CDU nicht bei Theorien, sondern leistet einen konkreten Beitrag“, erklärte Heiner Geißler. Er erinnerte daran, daß sich der Hamburger Parteitag im November 1981 die Forderung zu eigen machte: „Wir müssen anders leben, damit andere überleben.“ Geißler betonte, daß die CDU ihre Glaubwürdigkeit gegenüber dem Bürger und vor allem auch gegenüber den jungen Mitbürgern erhöhen könne, wenn sie die vorhandene Bereitschaft zur Hilfe für die Dritte Welt aufgreife und in praktische Politik umsetze. „Dabei geht es nicht um Millionen-Projekte, sondern um eine möglichst große Zahl überschaubarer und überzeugender Einzelvorhaben, die dazu beitragen, die wirtschaftliche und soziale Not in der Dritten Welt zu lindern.“

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 24 49
5300 BONN 1
POSTVERTRIEBSSTÜCK
Z 8398 C
GEBÜHR BEZAHLT

ZITAT

Das Trauerspiel geht weiter

Der Kampf der Gummilöwen ist neutralisiert. SPD und FDP sind auf dem Weg zum Haushaltskompromiß, wie Sie es eben gehört haben. Ist damit die Existenz der Koalition bis 1984 gesichert? Zweifel sind erlaubt. Was der Kanzler und sein Stellvertreter, assistiert von den Gründungsvätern des sozial-liberalen Bündnisses Brandt, Wehner und Mischnick, ausgehandelt haben, das ist kein Laufsteg in eine sichere Zukunft von SPD und FDP. Diese Zukunft nämlich entscheidet sich nicht an 1 Mrd. mehr oder weniger bei der Kreditaufnahme, sie entscheidet sich bei der bevorstehenden Wahl Ende September in Hessen z. B. Laufen der SPD und FDP auch in diesem Land die Wähler davon, dann ist der heutige Kompromiß Makulatur, mehr nicht.

Im Grunde genommen diente der wochenlange Schaukampf nur zur Bewerkstelligung eines Facelifting, einer Gesichtsoperation. Getreu dem Vorsatz von Schmidt und Genscher, das an ihnen die Koalition ja nicht scheitern dürfe, wurde

die Eselsbrücke geschlagen. Doch dieser Brücke fehlen die Pfeiler, die Pfeiler des Vertrauens. Das, was die Koalition heute zusammengestrichen und zusammengeschrieben hat, mag optisch dem Gleichmaß der SPD- und FDP-Wähler entsprechen. Das aber ist ein ungenügendes Konzept. Ob die Betuchten in diesem Land mehr Steuern zahlen müssen oder nicht, das interessiert die weniger Betuchten überhaupt nicht. Das Hemd ist bekanntlich jedem näher als der Rock.

Was die meisten Bürger vermissen, das ist vor allem der erkennbare Wille der Koalition, ihre Führungsfähigkeit und die vertrauensvolle Zusammenarbeit zu beweisen. In dem nicht enden wollenden Hickhack in den zurückliegenden Wochen und Monaten war davon nichts zu erkennen. Was da verschüttet wurde, das kann die Zahlenakrobatik des Haushaltsentwurfs für 1983 überhaupt nicht mehr freischaufeln.

Diese Koalition hat ihr Vertrauenskapital leichtfertig verfrühstückt. Es reichte gerade noch bis zum 5. Oktober 1980, dem Tag der Bundestagswahl. Was Hans-Dietrich Genscher daraus wenden wollte, was Helmut Schmidt auffangen und seiner aufmüpfigen Partei, der SPD, gegenüber neutralisieren wollte, das war nicht die Normalität des vom nüchternen Kompromiß lebenden politischen Alltags. Es war ein Trauerspiel — und das wird es wohl auch bleiben.

F. Nowotny in „Tagesthemen“, 30. 6. 1982

Union in Deutschland — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. **Für den Inhalt verantwortlich:** Heinz Winkler, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41. **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Argelanderstraße 173, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 22 10 81. **Vertrieb:** Telefon (02 28) 5 44-3 04. **Verlagsleitung:** Peter Müllenbach, Dr. Uwe Lüthje, Eberhard Luetjohann. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto-Nr. 7 504 152, (BLZ 380 500 00), Postscheckkonto Köln, Nr. 2214 31-502, (BLZ 370 100 50). **Abonnementspreis** jährlich 40,— DM. **Einzelpreis** 1,— DM. **Druck:** VVA-Druck, Düsseldorf.

UiD